

Ä1 Keine Euphorie – die EU auf links drehen

Antragsteller*in: Jakob Baiz

Änderungsantrag zu P2

Von Zeile 9 bis 12 löschen:

Wirtschaftsinteressen. Während Unternehmen möglichst ideale Bedingungen ermöglicht bekommen sollen ~~und die Wirtschaftspolitik auf EU-Ebene geregelt wird~~, entsteht die Sozialpolitik in den einzelnen Staaten. Das führt dazu, dass Menschen und Staaten gegeneinander ausgepielt werden.

Begründung

Die Formulierung ist nur teilweise richtig.

So ist es ja beispielsweise so das keine (Ausnahme Corona) gemeinsame Verschuldung der Mitgliedsstaaten stattfindet. Dies war in der Eurokrise der Fall, als man Griechenland sich selber überlassen hat. Man hätte die Krise auch dadurch entschärfen können in dem z.B Deutschland die Gläubiger Griechenlands abgesichert hätte, im Zweifelsfall die Schulden zu übernehmen.

Fehlende Kooperation stellt auch jetzt mit Blick auf eine gemeinsame Antwort auf den Inflation Reduction Act ein Problem da. Es ist den einzelnen Staaten aufgrund des Beihilfe Verbots untersagt ihre Industrien zu subventionieren, damit es nicht innerhalb der EU zu einem Subventionswettbewerb kommt. Eine Antwort muss also gesamteuropäisch erfolgen. Da allerdings insbesondere süd- und osteuropäische Staaten geringere fiskalpolitische Spielräume haben, wäre es sinnvoll wenn die reicheren nord-und mitteleuropäische Staaten mehr übernehmen würden. Dies ist allerdings nicht der Fall.

Es gibt also durchaus Bereiche in denen eine gemeinsame, andere Wirtschaftspolitik dringend notwendig wäre.